



PETRA LOREY
Wirtschaftsprüferin

JAHRESABSCHLUSS

zum 31. Juli 2019

der Firma

Cranach Pharma GmbH

Hamburg

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Cranach Pharma GmbH

Prüfungsurteile

Ich habe den Jahresabschluss der Cranach Pharma GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Juli 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. August 2018 bis zum 31. Juli 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht der Cranach Pharma GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. August 2018 bis zum 31. Juli 2019 geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Juli 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. August 2018 bis zum 31. Juli 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Ich habe meine Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Meine Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ meines Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Ich bin von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und habe meine sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Ich bin der Auffassung, dass die von mir erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Meine Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und

Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übe ich pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziere und beurteile ich die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, plane und führe Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlange Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinne ich ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteile ich die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehe ich Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls ich zu dem Schluss komme, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, bin ich verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, mein jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Ich ziehe meine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum meines Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteile ich die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteile ich den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führe ich Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehe ich dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteile die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigen-

ständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen gebe ich nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Ich erörtere mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die ich während meiner Prüfung feststelle.

Hamburg, 9.12.2019


Petra Lorey
Wirtschaftsprüferin





PETRA LOREY
Wirtschaftsprüferin

Anlagen

BILANZ

Cranach Pharma GmbH
Hamburg
zum
31. Juli 2019

AKTIVA

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital		25.564,59	25.564,59
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1,00		2.167,00	II. Bilanzgewinn		63.162.669,22	54.767.800,42
2. Geschäfts- oder Firmenwert	<u>8.753.599,00</u>	8.753.600,00	<u>6.000,00</u> 8.167,00	B. Rückstellungen			
II. Sachanlagen				1. Steuerrückstellungen	1.348.082,36		302.284,86
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	55.004,00		62.912,00	2. sonstige Rückstellungen	<u>1.134.510,00</u>	2.482.592,36	<u>1.105.911,00</u> 1.408.195,86
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>40.577,00</u>	95.581,00	<u>54.031,00</u> 116.943,00	C. Verbindlichkeiten			
B. Umlaufvermögen				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.946.195,27		5.393.442,21
I. Vorräte				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 6.946.195,27 (Euro 5.393.442,21)			
1. fertige Erzeugnisse und Waren		6.272.845,07	14.185.579,23	2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>3.437.553,50</u>	10.383.748,77	<u>1.148.824,00</u> 6.542.266,21
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				- davon aus Steuern Euro 2.798.665,29 (Euro 614.433,96)			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	37.190.851,84		22.594.113,49	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 686,92 (Euro 1.097,17)			
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.647.743,82</u>	38.838.595,66	<u>1.746.921,17</u> 24.341.034,66	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 3.437.553,50 (Euro 1.148.824,00)			
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 239.149,26 (Euro 377.332,05)							
III. Wertpapiere							
1. sonstige Wertpapiere		4.942.518,88	4.942.518,88				
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		17.144.837,70	19.146.613,23				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		6.596,63	2.971,08				
		<u>76.054.574,94</u>	<u>62.743.827,08</u>			<u>76.054.574,94</u>	<u>62.743.827,08</u>
		<u><u>76.054.574,94</u></u>	<u><u>62.743.827,08</u></u>			<u><u>76.054.574,94</u></u>	<u><u>62.743.827,08</u></u>

Cranach Pharma GmbH, Hamburg

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	446.731.684,47	371.126.305,85
2. sonstige betriebliche Erträge	17.617,95	47.353,40
3. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	431.463.964,41	359.951.018,79
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	471.931,85	415.686,61
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>99.342,87</u>	<u>80.160,87</u>
	571.274,72	495.847,48
- davon für Altersversorgung Euro 1.180,37 (Euro 1.185,20)		
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.282.007,73	32.256,31
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	<u>174.909,39</u>	<u>0,00</u>
	1.456.917,12	32.256,31
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	837.431,14	574.299,37
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.573,03	7.622,84
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.734,75	33.563,46
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>4.005.494,51</u>	<u>3.278.370,77</u>
10. Ergebnis nach Steuern	8.402.058,80	6.815.925,91
11. sonstige Steuern	730,00	850,00
	<hr/>	<hr/>
12. Jahresüberschuss	8.401.328,80	6.815.075,91
13. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	54.761.340,42	47.952.724,51
	<hr/>	<hr/>
14. Bilanzgewinn	<u><u>63.162.669,22</u></u>	<u><u>54.767.800,42</u></u>

Anhang

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht

Firmenname laut Registergericht:	CRANACH-PHARMA GmbH
Firmensitz laut Registergericht:	Hamburg
Registereintrag:	Handelsregister
Registergericht:	Hamburg
Register-Nr.:	69468

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear und degressiv vorgenommen.

Die Vorräte wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Sofern die Tageswerte am Bilanzstichtag niedriger waren, wurden diese angesetzt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet. Erkennbare Einzelrisiken wurden durch Einzelwertberichtigung berücksichtigt. Für als allgemeine Kreditrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 0,5% der nicht einzelwertberichtigten Nettoforderungen gebildet.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Börsenkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Rückstellungen sind in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt worden, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um alle zum Bilanzstichtag drohenden Verluste und ungewissen Verbindlichkeiten abzudecken.

Die Steuerrückstellungen beinhalten die das Geschäftsjahr betreffenden, noch nicht veranlagten Steuern.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Beim Jahresabschluss konnten die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Wesentlichen übernommen werden.

ANLAGENSPIEGEL zum 31. Juli 2019

Cranach Pharma GmbH

Anlagengitter zum 31. Juli 2019

A. Anlagevermögen	Anschaffungs- oder Herstellungskosten (historisch)					Abschreibungen				Buchwert		
	Stand	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Stand	Stand	Zugänge	Abgänge	Stand	Stand	Stand	
	01.08.2018 <u>Euro</u>	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>	31.07.2019 <u>Euro</u>	01.08.2018 <u>Euro</u>	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>	31.07.2019 <u>Euro</u>	31.07.2019 <u>Euro</u>	31.7.2018 <u>Euro</u>	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. entgeltlich erwobene, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	13.000,00	0,00	0,00	0,00	13.000,00	10.833,00	2.166,00	0,00	12.999,00	1,00	2.167,00	
2. Geschäfts- und Firmenwert	12.000,00	10.000.000,00	0,00	0,00	10.012.000,00	6.000,00	1.252.401,00	0,00	1.258.401,00	8.753.599,00	6.000,00	
	<u>25.000,00</u>	<u>10.000.000,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>10.025.000,00</u>	<u>16.833,00</u>	<u>1.254.567,00</u>	<u>0,00</u>	<u>1.271.400,00</u>	<u>8.753.600,00</u>	<u>8.167,00</u>	
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	66.778,22	0,00	0,00	0,00	66.778,22	3.866,22	7.908,00	0,00	11.774,22	55.004,00	62.912,00	
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	220.891,10	6.078,73	0,00	0,00	226.969,83	166.860,10	19.532,73	0,00	186.392,83	40.577,00	54.031,00	
Summe Sachanlagen	<u>287.669,32</u>	<u>6.078,73</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>293.748,05</u>	<u>170.726,32</u>	<u>27.440,73</u>	<u>0,00</u>	<u>198.167,05</u>	<u>95.581,00</u>	<u>116.943,00</u>	
Gesamt	<u>312.669,32</u>	<u>10.006.078,73</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>10.318.669,05</u>	<u>187.559,32</u>	<u>1.282.007,73</u>	<u>0,00</u>	<u>1.469.567,05</u>	<u>8.849.181,00</u>	<u>125.110,00</u>	

Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwert

Der entgeltlich erworbene Geschäfts- oder Firmenwert wurde aktiviert. Als betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer werden 8 Jahre festgelegt.

Die Gründe für eine betriebliche Nutzung mit einer geschätzten Nutzungsdauer von 8 Jahren sind: Die Einschätzung seitens der Nutzung der Daten.

Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen

Zusammensetzung der sonstigen Rückstellungen gemäß § 285 Nr. 12 HGB:

Gewährleistungsrückstellung	1.000.000,00 EUR	(Vorjahr	1.000.000,00 EUR)
Abschluss-/Prüfungskosten	43.500,00 EUR	(Vorjahr	33.400,00 EUR)
Erfüllung Aufbewahrungspflichten	89.560,00 EUR	(Vorjahr	71.011,00 EUR)
sonstige Verpflichtungen	1.450,00 EUR	(Vorjahr	1.500,00 EUR)

Angaben zu den Restlaufzeiten

Gemäß § 268 Absatz 4 Satz 1 HGB sind zu den einzelnen Bilanzposten der Position "Forderungen" die Restlaufzeiten von mehr als einem Jahr gesondert auszuweisen:

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen:	0,00 EUR	(Vorjahr:	0,00 EUR)
sonstige Forderungen (Kautions/Darlehen):	274582,90 EUR	(Vorjahr:	458.458,32 EUR)

in den sonstigen Vermögensgegenständen sind:

Forderungen aus Steuern: enthalten	83990,07 EUR	(Vorjahr:	1.101.871,04 EUR)
---------------------------------------	--------------	-----------	-------------------

Gemäß § 268 Absatz 5 Satz 1 HGB sind Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr gesondert auszuweisen. Zur Vereinfachung werden sämtliche Restlaufzeiten im Anhang angegeben:

	Euro	Davon mit einer Restlaufzeit		
		von bis zu einem Jahr Euro	von zwei bis fünf Jahren Euro	von mehr als fünf Jahren Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00 (Vj.: 0,00)	0,00 (Vj.: 0,00)	0,00 (Vj.: 0,00)	0,00 (Vj.: 0,00)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.946.195,27 (Vj.: 5.393.442,21)	6.946.195,27 (Vj.: 5.393.442,21)	0,00 (Vj.: 0,00)	0,00 (Vj.: 0,00)
sonstige Verbindlichkeiten	3.437.553,50 (Vj.: 1.148.824,00)	2.912.099,98 (Vj.: 643.580,23)	525.453,52 (Vj.: 505.243,77)	0,00 (Vj.: 0,00)
Verbindlichkeiten	10.383.748,77 (Vj.: 6.542.266,21)	9.858.295,25 (Vj.: 6.037.022,44)	525.453,52 (Vj.: 505.243,77)	0,00 (Vj.: 0,00)

Zu den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende Angaben zu machen:

davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	EUR	686,92 Vorjahr	EUR	1.097,17
davon aus Steuern	EUR	2.798.665,29 Vorjahr	EUR	614.433,96
davon gegenüber Gesellschafter	EUR	525.453,52 Vorjahr	EUR	505.243,77

Angaben zu Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern

Der Betrag der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern beläuft sich auf 525.453,52 Euro (Vorjahr: 505.243,77 Euro).

Mit nahestehenden Personen wurde normale Liefergeschäfte zu üblichen Konditionen getätigt. Die Geschäfte mit dem Gesellschafter werden als solche ausgewiesen.

Nicht bilanzierte sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von ca. 145.000,00 Euro sonstige finanzielle Verpflichtungen.

Im Einzelnen beinhalten diese Verpflichtungen folgende Sachverhalte: Leasingsverträge für PKWs, Mietvertrag.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt. 99,8 % der Umsätze werden in Deutschland getätigt, die restlichen im EU Ausland.

Erläuterungen der periodenfremden Aufwendungen

In der Erfolgsrechnung sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1.568,00 Euro enthalten.

Die Aufwendungen wurden im Posten periodenfremde Aufwendungen erfasst.

Im Einzelnen ergaben sich folgende Aufwendungen, die einem anderen Geschäftsjahr zuzurechnen sind:

Bildung von zu geringen Abschlusskosten in Höhe von 1.568,00 EUR.

Sonstige Angaben

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer

Die nachfolgenden Arbeitnehmergruppen waren während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigt:

Arbeitnehmergruppen	Zahl
Arbeiter	10,00
Angestellte	14,00
leitende Angestellte	2,00
Die Gesamtzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer beträgt damit	<u>26,00</u>
vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter	9,00
teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter	17,00

Namen der Geschäftsführer

Während des abgelaufenen Geschäftsjahrs wurden die Geschäfte des Unternehmens durch folgende Personen geführt:

Erster Geschäftsführer:	Herrn Maik Wolf	ausgeübter Beruf:	Kaufmann
Zweiter Geschäftsführer:	Herrn Frank Pilz	ausgeübter Beruf:	Apotheker

Die Geschäftsführer vertreten allein und sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Vergütung der Geschäftsführer

Als Vergütung für die geleisteten Tätigkeiten im Berichtsjahr wurden 161.697,09 Euro gewährt.

Honorar der Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 8.500,00 Euro.

Vorschlag bzw. Beschluss zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung beschließt in Übereinstimmung mit den Gesellschaftern die folgende Ergebnisverwendung:

Der Jahresüberschuss beträgt 8.401.328,80 Euro.

Einschließlich des zu berücksichtigenden Jahresüberschusses ergibt sich ein Bilanzgewinn von 63.162.669,22 Euro, der zu verwenden ist.

Auf neue Rechnung werden 63.023.182,33 Euro vorgetragen.

Unterschrift der Geschäftsführer

Ort, Datum

Maik Wolf

Lagebericht

1. Grundlagen unseres Geschäfts

Die Cranach Pharma GmbH ist als Specialty Pharma Unternehmen in Deutschland tätig. Wie auch in den Vorjahren entfiel der überwiegende Anteil der Umsätze auf das Segment der verschreibungspflichtigen Arzneimittel - vorwiegend im Bereich Onkologie, Rheumatologie, Neurologie und Hämophilie

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Situation

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war auch im Jahr 2018 gekennzeichnet durch ein stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2018 um 1,5 % höher als im Vorjahr. Positive Wachstumspulse kamen 2018 vor allem aus dem Inland. Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um +1,0 % höher als ein Jahr zuvor. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit +1,1 %. (Quelle: Statistisches Bundesamt).

2.1 Branchensituation

Im Bericht der IQVIA Commercial GmbH & Co. KG wird der Pharma Gesamtmarkt im I. Quartal 2019 mit 5% Umsatzsteigerung beziffert. Im Jahr 2018 wurde der Pharma-Gesamtmarkt über das Jahr verteilt auf 6% Umsatzsteigerung beziffert.

2.2. Geschäftsablauf

Wie im Vorjahr prognostiziert, konnten wir unsere Absätze und Marktanteile halten und noch etwas ausbauen.

Der Pharmamarkt national und international ist gekennzeichnet durch steigende Absätze, steigende Rohstoffpreise, zunehmende Konzentration auf Großunternehmen und eine durch die Wettbewerbskonzentration und durch die Einflüsse staatlicher Vorgaben reglementierte Preisstruktur.

Der Umsatz erhöht sich um 20,1% von 371 Mio auf 446 Mio EUR. Die Erhöhung ist auf Kundenerweiterung zurückzuführen. Der Wareneinkauf ist in einem ähnlichen Verhältnis angewachsen.

Die Fixkosten sind leicht gestiegen, dieses ist darauf zurückzuführen dass neue Räume bezogen wurden. Langfristiges Vermögen ist langfristig finanziert. Das Vorratsvermögen und die Forderungen aus Lieferung und Leistung übersteigen die Verbindlichkeiten.

Die Finanzlage ist als gesichert zu bezeichnen und finanziert sich durch Eigenkapital. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich von € 19,1 Mio. auf € 17,1 Mio. verringert.

3. Prognose, Chancen - und Risikobericht

3.1 Risikobericht

Die Risikopolitik der Cranach Pharma ist darauf ausgerichtet, Gefährdungen für den Unternehmenswert zu vermeiden und das Nutzen für die Gesellschaft zu erhalten. Darüber hinaus gibt es Verhaltensregeln, die in Richtlinien und sonstigen Vorgaben niedergelegt sind und regelmäßig überprüft werden.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Liquiditätssituation nahezu gleich geblieben, so dass unverändert keine Liquiditätsrisiken erwartet werden.

Der rasche Wandel der informationstechnologischen Anforderungen stellt erhebliche Herausforderungen an den Einsatz und die Anpassung zukunftstauglicher IT-Lösungen. Zur sicheren Abwicklung von IT-gestützten Geschäftsprozessen findet eine ständige Überprüfung und Anpassung der eingesetzten Technologien statt. Laufend werden dabei die schon bestehenden Maßnahmen zur Informationssicherheit weiterentwickelt, damit die mit dem Einsatz der IT-Systeme verbundenen Risiken beseitigt oder zumindest begrenzt werden.

Externe und damit nicht direkt beeinflussbare Risiken, beispielweise rechtliche und politische Entwicklungen des Markt- und Apothekenumfelds, werden fortlaufend beobachtet.

Das größte Risiko liegt in einer nicht direkt zu beeinflussenden Veränderung der gesetzlichen Arzneimittelpreisverordnung (AMPreisV), die sowohl die Vergütung des Großhandels, als auch der Apotheken regelt

Branchenüblich stellt sich für die Cranach Pharma GmbH die Herausforderung, die entsprechenden Ressourcen in diesem Bereich vorzuhalten. Weiterhin bauen wir nach wie vor auf unsere schnelle Lieferfähigkeit.

Es bestehen grundsätzlich keine wesentlichen Kostenrisiken. Der Fixkostenbereich in den Betriebsausgaben ist stabil. Risiken, die sich aus personellen Engpässen ergeben, werden als nicht bedeutend angesehen. In diesen Bereichen sind keine wesentlichen Steigerungen der Kosten zu erwarten.

Zusammenfassend bestehen, aus heutiger Sicht, keine wesentlichen Risiken, die den Fortbestand unseres Unternehmens gefährden würden.

3.2 Prognose- und Chancenbericht

Die Umsatzerwartungen für das kommende Geschäftsjahr hängen hauptsächlich davon ab, ob die Absatzmengen entsprechend den aktuellen Marktgegebenheiten durch gewonnene Rabattverträge gesteigert werden können, aber ebenso auch von neuen Produkteinführungen.

Die deutsche Wirtschaft ist im ersten Quartal 2019 deutlich gewachsen. Die starke Binnenwirtschaft trotzte im ersten Quartal dem gegenwärtig unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld. Für das laufende Jahr erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandprodukts (BIP) um 1,0 %. Für die Weltwirtschaft wird mit einer Verringerung des Wachstums gerechnet. Dieser Abkühlung der Weltkonjunktur wird sich auch Deutschland nicht entziehen können.

Für das Kalenderjahr 2019/2020 sehen wir für unser Haus einen vergleichbaren Umsatz wie in 2018/2019. Unsere Erwartung basiert auf der vorliegenden Auftragslage.

Auch durch Veränderungen im Bereich der Gesundheitspolitik können sich Chancen für den Pharmagroßhandel insgesamt ergeben. Ein Verbot des Versandhandels für rezeptpflichtige Medikamente würde die Position der Vor-Ort Apotheke gegenüber ausländischen Versandapotheken deutlich verbessern. Die diesbezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit schwer einzuschätzende Festschreibung eines als variabel angesehenen gesetzlichen Mindestzuschlags hätte eine Verbesserung der Wettbewerbsposition des Großhandels gegenüber der Direktbelieferung durch Hersteller zur Folge.

Die wesentlichen Chancen für die Cranach Pharma GmbH wäre weiter eine viel versprechende Entwicklung im festigen des bestehenden Kundenstammes, eingehender strategischer Partnerschaften, Gewinn neuer Kunden und das Halten bzw. Ausweiten des Portfolios.

Es ist geplant den Rohertrag auf 3,5% zu steigern.

In Erwartung einer weiterhin aussichtsreichen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage unseres Unternehmens, trotz dem weiter anhaltenden Kostendruck auf das Gesundheitssystem, sehen wir für unsere Branche auch in der Zukunft gute Wachstumschancen. Die Finanzierung durch Eigenkapital wird weiter fortgesetzt.

Wir sind überzeugt, dass die CRANACH PHARMA GmbH so gut aufgestellt ist, dass auch in einem immer schwieriger werdenden Marktumfeld, mit immer wieder neuen Gesetzesänderungen und Preiskämpfen, durch unsere Erfahrungen und Kalkulationen eine weiterhin erfolgreiche Geschäftsentwicklung erreicht werden kann.

Hamburg, 11. Oktober 2019

.....
Maik Wolf

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.